

- Auf Basis der bestehenden Kompetenzverteilung lässt sich Wien vom Subsidiaritätsprinzip leiten. Maßnahmen sollten jeweils auf der möglichst bürgernahen Ebene getroffen werden.
- Wien setzt sich für eine Weiterentwicklung der Demokratie in der Union ein. Die Einführung der "Europäischen Bürgerinitiative" war erst ein erster Schritt, das Demokratiedefizit der EU zu beseitigen.
- Der europäische Einigungsprozess mit seinen notwendigen Strukturreformen darf soziale Standards und Sozialsysteme nicht aushöhlen. Das Modell des europäischen Sozialstaates ist weiterzuentwickeln.
- Wien setzt sich für die Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips sowie die Berücksichtigung von Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Lebenszyklusberechnung in allen Politikbereichen ein.
- Mit seiner Kommunikationsarbeit will Wien zur besseren Information über Europathemen in der Bevölkerung sowie zur Stärkung des Europagedankens, insbesondere bei der Jugend, beitragen. Ein strukturierter Dialog mit der Bevölkerung unter Einbeziehung von Initiativen der Zivilgesellschaft über europapolitische Fragestellungen wird angestrebt.
- In der Bereitstellung öffentlicher Güter und der Nutzung grenzüberschreitender Infrastrukturen wird ein zentraler Mehrwert der EU gesehen. Gleichzeitig müssen die Definitionshoheit und das kommunale Wahlrecht bei der Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge erhalten bleiben und die Berücksichtigung des Prinzips der Subsidiarität durch Garantie des Rechts auf lokale und regionale Selbstbestimmung bei der Erbringung, Organisation und Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen garantiert werden. Die Verankerung des Vorranges funktionierender öffentlicher Dienstleistungen vor den Prinzipien des Binnenmarktes und des Wettbewerbsrechtes sowie eine Flexibilisierung des EU-Beihilfenrechts bei der Finanzierung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse machen qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen als Säule des europäischen Sozialmodells möglich. Zwingende Liberalisierungen öffentlicher Dienstleistungen insbesondere der Wasserver- und Entsorgung, Gesundheits- und Sozialen Dienstleistungen sind abzulehnen.
- Wien setzt sich für eine Stärkung der städtischen Dimension aller relevanten EU-Politiken und eine entsprechende Einbeziehung der Städte in die Vorbereitung und Umsetzung europäischer Initiativen und Strategien ein. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit städtischer Agglomerationen wie z.B. Wien-Bratislava zu stärken.
- Das neue Ziel des Lissabon-Vertrages „territorialer Zusammenhalt“ muss auch in den neuen Strukturfondsprogrammen abgedeckt werden, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf der Rolle der Städte, der funktionalen Gebietseinheiten sowie makroregionalen Strategien liegen sollte.
- Zur Vertretung seiner europapolitischen Interessen bedient sich Wien – neben den innerstaatlichen Mitwirkungsinstrumenten – insbesondere geeigneter europäischer (Eurocities, UCUE, RGRE, REGLEG, VRE, Metrex, etc.) und internationaler Netzwerke sowie dem Lobbying im Rahmen des Europäischen Parlaments, des europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.
- Wien fühlt sich wie bisher (etwa durch die Verbindungsbüros) verpflichtet, mit den osteuropäischen Staaten eine intensive Zusammenarbeit und den Austausch zu pflegen.
- Die Stadt Wien ist mit ihrer aktiven Frauenpolitik (z.B. innerbetriebliche Frauenförderung durch kommunale Auftragsvergabe, Gender Budgeting) seit vielen Jahren auch international durch eine Vielzahl von Beratungseinrichtungen und ein hoch entwickeltes Gewaltschutzsystem ein anerkanntes Vorbild. Die Wiener Frauenpolitik ist international in Programmen wie FEMCITIES gut vernetzt und wird diesen Weg weiter fortsetzen.

5. Instrumente

■ Absatz 31:

Der wachsenden Bedeutung des Europäischen Parlaments soll durch eine intensivere Begleitung der Ausschüsse und durch gute Zusammenarbeit mit den EP-Abgeordneten bei Wien-relevanten Dossiers Rechnung getragen werden. Der besseren Vernetzung und Information soll auch das Rederecht von Europaparlamentsabgeordneten bei europapolitischen Fragen im Wiener Gemeinderat und Landtag dienen. Weiters soll auch die Vernetzung mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss intensiviert werden, um Wien-relevante Themen zu lobbyieren.

■ Absatz 32:

Die Mitgliedschaft Wiens im Ausschuss der Regionen soll neben der Mitwirkung in der Ausschuss- und Plenumsarbeit genutzt werden, um die städtische Agenda der EU-Politiken zu stärken und die für die interregionale Vernetzung Wiens nötigen Kontakte weiter zu verbessern.

■ Absatz 33:

Wien wird seine aktive Rolle in der Zusammenarbeit mit anderen Regionen fortsetzen und dabei einen Schwerpunkt auf die Nutzung geeigneter europäischer Netzwerke (Eurocities, UCUE, RGRE, Regleg, VRE, Metrex, etc.) legen. Diese bilden ein Forum zum Austausch von „Best practice“, vermitteln Kontakte zu einschlägigen Partnerregionen und stellen eine wichtige Voraussetzung für die Erarbeitung europäischer Projektanträge dar.

■ Absatz 34:

Bei der Verfolgung der genannten europapolitischen Ziele wird sich Wien aktiv in die weitere Ausgestaltung der CENTROPE-Region sowie der „Twin-City-Städte“ Wien und Bratislava einbringen.

6. Leitlinien der Wiener EU-Politik

■ Absatz 35:

Auf Grund der oben angesprochenen Zielsetzungen, Strategien, Forderungen und Visionen der Stadt Wien, beschließt der Gemeinderat folgende europapolitischen Leitlinien:

- Die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der EU hat sich an den Prinzipien einer ökologisch und sozial ausgerichteten nachhaltigen Wirtschaft zu orientieren und nicht an neoliberalen Dogmen. Zur Sicherung des europäischen Einigungsprozesses sind eine bessere Koordination und verstärkte ordnungspolitische Maßnahmen z. B. Maßnahmen zur effizienten Regulierung des Finanzsektors sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene erforderlich. Eine Verstärkung der sozialen Orientierung der Europäischen Union durch den Vorrang sozialer Grundrechte gegenüber den Grundfreiheiten ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Sozialunion.